

Gotthard: Stau-Umfahrung auf Kantonsstrasse wird schwieriger

- 06.05.2025
- 20min.ch / 20 Minuten Online

Darum gehts Der Gotthard-Stau sorgt für Unmut, besonders an Feiertagen wie Ostern und Pfingsten. Der Nationalrat diskutierte drei Vorstösse zur Verbesserung der Verkehrssituation. Ein Vorschlag zur Einführung einer Gotthard-Maut wurde abgelehnt. Navigationsgeräte sollen aber keine Kantonsstrassen mehr als Ausweichrouten empfehlen. Der Kanton Uri darf die Kantonsstrasse zudem temporär für den Durchgangsverkehr sperren.

Der Ständerat muss den Vorstössen noch zustimmen. Wenn die Gotthard-Autobahn verstopft ist, nutzen viele die im Kanton Uri parallel verlaufende Kantonsstrasse, um den Stau zu umfahren. Das soll ein Ende haben – oder zumindest massiv erschwert werden, forderten drei Vorstösse, die am Dienstagnachmittag im Nationalrat beraten wurden. Nationalrat hat kein Gehör für Urner Initiative Der Erste, eine vom Urner Kantonsparlament einstimmig verabschiedete Standesinitiative, sei ein «Hilfeschrei» aus dem Kanton Uri, sagte Mitte-Nationalrat Simon Stadler, der einzige Urner Nationalrat. Sie verlangt unter anderem Verkehrsmanagement-Massnahmen in Form von Ampeln, die den Verkehr dosieren, aber auch, dass die Fahrt durch den Gotthard vorab gebucht werden soll.

«Es isch gnueg Heu dunne, das Fass ist voll», weibelte Stadler leidenschaftlich für die Vorlage, die Situation in den Urner Dörfern sei unhaltbar. Schon vor der Debatte warnte Thomas Hurter (SVP) bei 20 Minuten vor der Annahme der Vorlage. «Eine Maut verbessert die Situation kaum und führt einzig dazu, mehr Einnahmen zu generieren.» Er warnt auch vor grossem administrativem Aufwand. Im Vorfeld wurde erwartet, dass die Vorlage eine Mehrheit finden könnte, doch 108 der 200 Ratsmitglieder stimmten gegen den Vorstoss.

Am Abend hat der Nationalrat dann seine Haltung bekräftigt und drei gleichlautende Vorstösse, die eine dynamische Maut am Gotthard verlangten, abgelehnt – allerdings äusserst knapp, nämlich mit Stichentscheid von Nationalratspräsidentin Maja Riniker (FDP). Ja zur staatlichen Routenführung im Navi Ein zweiter Vorstoss verlangte, dass Navigationsgeräte in Autos, aber auch auf Handys, temporär gesperrte Kantonsstrassen nicht mehr als Ausweichrouten empfehlen, sobald die Autobahn verstopft ist. Die Mehrheit der Verkehrskommission sei der Meinung, dass es hier «dringend Massnahmen zur Verbesserung braucht», sagte Sprecher Martin Candinas (Mitte/GR). Und damit konnte er sich durchsetzen. Verkehrsminister Albert Rösti sprach zwar von einem «auf den ersten Blick attraktiven Ansatz».

Er bezweifelte vergeblich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage. Denn, «ein gutes Navigationssystem zeichnet sich durch topaktuelle Verkehrsinformationen aus», es liege also jetzt schon im ureigensten Interesse der Hersteller, nicht auf gesperrte Ausweichrouten zu verweisen. Der Luzerner Nationalrat Peter Schilliger (FDP) glaubte zudem nicht an einen Effekt, weil «die Leute einfach trotzdem die Autobahn verlassen und halt ohne Navi einen Weg suchen». Die Ratsmehrheit konnte er damit nicht auf seine Seite ziehen, 96 Ratsmitglieder stimmten der «staatlichen Routenführung» zu, 93 lehnten sie ab, vier enthielten sich. Trotz Nachahmer-Gefahr: Uri darf Kantonsstrasse sperren Der Kanton Uri darf die Kantonsstrasse neu temporär für den Durchgangsverkehr sperren.

Simon Stadler (Mitte/UR) weibelte, dass diese und weitere Strassen andernorts «ein ständiges Überlaufventil für die Autobahn» seien. Und er berichtete von dramatischen Szenen. Im Kanton Uri sei das Personal, das den Verkehr jetzt schon regle, schon physisch angegriffen worden, «einmal wurde jemand sogar von einem Auto mitgeschleift». Benjamin Giezendanner (SVP/AG) mahnte vergeblich, dass man zwar Verständnis für den Kanton Uri habe, die neue Regelung aber für die ganze Schweiz gelten würde. Und in vielen Kantonen im Mittelland würde man ebenfalls mit Sperrungen liebäugeln, Giezendanner brachte das Beispiel von Liestal im Baselland.

Es könnte gut sein, dass dort die wichtige Kantonsstrasse in Spitzenzeiten bald nur noch Einheimischen vorbehalten sei. Die beiden angenommenen Vorstösse gehen jetzt in den Ständerat. Gleich drei Vorstösse verlangten am Dienstag, dass sich die Situation rund um den Gotthard-Stau verbessert. Der Nationalrat hat den weitreichendsten Vorschlag zwar abgelehnt, zwei andere aber angenommen. Darum gehts Nationalrat hat kein Gehör für Urner Initiative Ja zur staatlichen Routenführung im Navi Trotz Nachahmer-Gefahr: Uri darf Kantonsstrasse sperren Stefan Lanz Ein Vorstoss des Kantons Uri verlangte die Prüfung einer Gotthard-Maut.

Doch der Nationalrat wollte am Dienstag davon nichts wissen. BRK News Albert Rösti mahnte vergeblich, dass die Navi-Hersteller jetzt schon ein Interesse hätten, nicht auf schlechte Ausweichrouten zu verweisen. 20min/Matthias Spicher Wenn Kantone einfach jede Kantonsstrasse nach Belieben sperren könnten, wären viele Orte nicht mehr uneingeschränkt erreichbar, mahnte Benjamin Giezendanner (SVP/AG) vergeblich. 20min/Matthias Spicher .